

Milliarden Euro aus, für die so genannte Entwicklungshilfe aber nur 8 Milliarden Euro. Die NATO-Rüstungsausgaben würden ausreichen, um die Armut in der Welt und die Ursachen der Flüchtlingsströme zu bekämpfen und sich stattdessen für den notwendigen Klimaschutz zu engagieren. Nur so könnten tatsächlich mehr Sicherheit und Humanität geschaffen werden. Tatsächlich treiben aber Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation WTO und Weltbank in Verbund mit den Industrienationen die Ausbeutung der weniger entwickelten Länder voran.

Hochrüstung und Krieg gehen einher mit Sozialabbau auch hierzulande. Wir wollen eine Welt ohne Militär und Krieg, eine Welt der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit, eine Welt, die die ökologische Krise verhindern kann und eine Welt der internationalen Solidarität.

Wir treten ein für

- Vollständigen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan und allen anderen Auslandseinsätzen
- drastische Kürzung der Rüstungsausgaben und Beendigung aller Waffenexporte
- Abschaffung von Atomwaffen und Atomkraftwerken
- Abkehr vom Öl und Gas zugunsten erneuerbarer Energien und einer Lebens- und Produktionsweise, die mit deutlich weniger Energie auskommt: Klimapolitik ist Friedenspolitik!
- gegen Sozialabbau, Überwachungsstaat und Bundeswehreinsatz im Innern
- Bekämpfung des Hungers und der sozialen Ungerechtigkeit! Existenzsicherung für jeden Menschen auf der Welt! Für eine gerechte Wirtschaftsordnung, in der nicht der Profit, sondern Mensch und Natur im Mittelpunkt stehen!

Veranstalter: Friedensinitiative Landshut

Es rufen auf:

Bürgerforum gegen Atomkraftwerke, terre des hommes, VVN-Bund der Antifaschisten Kreisverband Landshut, DKP Kreis Landshut/Freising, Jusos Unterbezirk Landshut, Landshuter Arbeitskreis Partnerschaft mit der Dritten Welt e.V., Die LINKE, IG Metall Landshut, IG Metall Jugend Landshut, DGB Region Landshut, IG Bau Niederbayern, NGG Niederbayern, Ver.di OV Landshut, AG International, Landshuter Frauen für den Frieden, Friedensinitiative Landshut, Kurt Büttler, Ingrid Büttler, Pfarrer Joachim Höring, Franziska Keil, Rosa Jaufmann-Keil, Julia Reidel, Christa Wagner, Franz Wagner, Bernhard Wagner, Josef Danzer, Franz Reiter, Maria Reiter, Hermann Metzger, Marlene Reidel, Beate Rose, Nikolaus Deussen, Sylvia Vogt, Dodo Graf, Manfred Stange, Kelly Baumann, Irmtraud Wartner, Helmut Wartner, Kornelia Möller (MdB Linksfraktion), Werner Bruckmeyer, Karin Reiter, Werner Rauch (IGM Betriebsratsvorsitzender Jungheinrich Moosburg), Edith Schmidbauer, Christian Ragner, Michael Polierer, Uwe Merettig, Gisela Scholz, Dr. Reinhard Hoffmann, Christiane Vogel, Siglinde Deger, Jacqueline Hesel, Dr. Konrad Beischl, Eva Reidel, Colette Reimann, Gernot Häublein

V.i. S. d. P.: M. Kroiß, Högberg 32, 84028 Landshut

Links zum Thema Frieden:

www.friedenskooperative.de

www.imi-online.de

www.uni-kassel.de/fb5/frieden

Spenden zur Finanzierung des Ostermarsches

bitte auf das Konto der Friedensinitiative:

Julia Reidel; Konto 20028 bei der Sparkasse Landshut ;

BLZ: 743 500 00 mit Stichwort „Ostermarsch“



Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalisistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

Ostermarsch



2009

in

Landshut

Ostermontag, 13. April

14.⁰⁰ Kundgebung am Rathaus
Ostermarsch durch
die Innenstadt

Musik von Ritmo Cordial und
Tuna Trio and the Ghosts

Dem Frieden die Hand reichen
heißt mehr Träume zu haben, als
die Wirklichkeit zerstören kann.

Nein zum Krieg!

Der Krieg in Afghanistan eskaliert ständig. Trotzdem hat der Bundestag gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit erneut die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes beschlossen, ohne Rücksicht auf „gefallene“ Soldaten und traumatisierte Heimkehrer. Die führenden Mächte der NATO, die USA und Deutschland, sind entschlossen, ihre geostrategischen Interessen in dieser Region durchzusetzen. Der Nahe Osten, Zentralasien und Afrika sind zum Spielball der USA, der militarisierten EU und der NATO geworden. In Zeiten sich verknappender Rohstoffe und einer erstarkenden Weltmarktkonkurrenz durch China, Indien und Russland geht es um die Sicherung von Machtbereichen und einer profitablen Wirtschaftsordnung. Aufrüstung, Militärinterventionen, Militärstützpunkte und die Weltraummilitarisierung dienen dem Erhalt der Macht. Es sieht momentan nicht so aus, als könnte der neue US-Präsident Barack Obama diese Entwicklung grundsätzlich verändern.

Nein zur Politik der NATO! – 60 Jahre sind genug

Anfang April feiert die NATO ihr 60-jähriges Bestehen. Ob zu Zeiten des Kalten Krieges, ob im Jugoslawienkrieg oder heute: Die NATO ist und bleibt ein bedeutendes Hindernis für den Frieden in der Welt. Auch ihre Atomwaffenpolitik führte die Menschheit mehrmals an den Rand einer atomaren Katastrophe. Die Herrschenden der westlichen Welt reden von „Freiheit“, „Sicherheit“ und „Menschenrechten“ und meinen doch nur den freien Zugang zu den Absatzmärkten, die Sicherung der Rohstoffquellen und Transportwege und das Recht, ihre Interessen weltweit durchzusetzen – mit Gewalt oder Androhung von Gewalt. Die fortschreitende Erweiterung der NATO nach

Osteuropa macht die Welt unsicherer. Der Konflikt im Kaukasus ist ein klarer Hinweis auf die Gefahren. Die NATO dient der Aufrechterhaltung dieser ungerechten Weltwirtschaftsordnung. Deshalb gibt es Protestaktionen in Strasbourg und Baden-Baden gegen die 60-Jahr-Feier der NATO. Halbwahrheiten, demagogische Kampagnen und selektive Medienberichterstattung sollen uns auf völkerrechtswidrige Aggressionen und Besatzungen, Ausplünderungen anderer Länder und die Missachtung ihrer Souveränität einstimmen.

Nein zur Militarisierung der EU!

Die Europäische Union möchte Weltwirtschaftsmacht Nummer eins werden. Während sie in ihren Mitgliedstaaten massiven Sozial- und Demokratieabbau vorantreibt, zeigt sie eine immer aggressivere Politik nach außen. Die Friedenspflicht des Grundgesetzes und der Vorrang des Völkerrechtes sollen ausgehebelt, die EU-Staaten durch den Vertrag von Lissabon zur Aufrüstung verpflichtet und zur Beteiligung an weltweiten Kriegen ermächtigt werden. Während EU-Länder sich das Recht nehmen, militärisch in andere Länder vorzudringen, schottet sich die EU ab und nimmt den Tod tausender Flüchtlinge an ihren Außengrenzen in Kauf. Im Inneren wird diese Politik flankiert durch Abschiebungen und diskriminierende Gesetze gegen Flüchtlinge.

Militäreinsätze stoppen!

Seit der Bombardierung Jugoslawiens gibt es kaum noch einen Krieg – von Afghanistan bis zum Kongo – an dem die Bundesrepublik nicht direkt oder indirekt beteiligt ist. Mit Militärbasen, Trup-

pentransporten, dem Ausbau von Truppenübungsplätzen und großzügigen Waffenexporten in Krisengebiete unterstützt die Bundesregierung die Vorbereitung neuer Kriege. Militäreinsätze in aller Welt werden begleitet von Demokratieabbau im Inneren. Zur Einschüchterung und zur Behinderung jeden Widerstandes werden Grundrechte ab- und der Überwachungsstaat ausgebaut. Gleichzeitig dürfen faschistische Gruppierungen ungehindert marschieren. Einsätze der Bundeswehr im Innern, wie beim G8-Gipfel in Heiligendamm, sollen zur Normalität werden.

Frieden für Nahost

Der seit Jahrzehnten schwelende Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ist zum Jahreswechsel erneut eskaliert. Gewalt wird den Konflikt nicht lösen, weder die der israelischen Armee noch die palästinensischer Gruppen, sondern nur politische Verhandlungen. Ergebnis eines solchen Friedensprozesses muss die Ermöglichung und Anerkennung eines eigenen palästinensischen Staates durch Israel und die uneingeschränkte Anerkennung des Existenzrechtes des Staates Israel durch die Palästinenser sein. Wir wenden uns gegen jegliche Waffenlieferungen, insbesondere auch aus der Bundesrepublik Deutschland in diese Region. Wir protestieren entschieden gegen die Präsenz der Bundeswehr.

Rüstung stoppen – Armut bekämpfen!

Die Rüstungsausgaben der NATO betragen jährlich 900 Milliarden Euro, das sind 75 Prozent der globalen Militärausgaben. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr kosteten allein 2007 910 Millionen Euro. Für Rüstung gibt Deutschland jährlich 29

